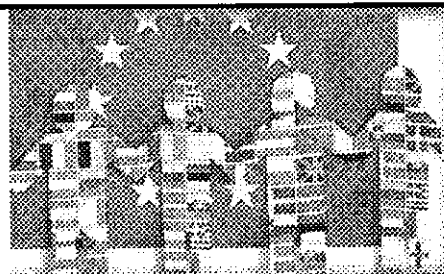


EUROPA VOR ORT aus dem Bundestag

aktuelle Beschlüsse und Diskussionen des Deutschen Bundestages zu europäischen Themen, die sich vor Ort beim Bürger direkt auswirken.

ein Beitrag von Patrick Meinhardt, MdB



Meisterbrief

Der deutsche Meistertitel muss in Europa gesichert werden!

Im September 2005 wurde eine neue EU-Richtlinie zur Regelung der Anerkennung von Berufsqualifikationen vorgelegt. Durch ein fünfstufiges Qualifikationsschema soll die Vergleichbarkeit von Abschlüssen und Qualifikationen zwischen den europäischen Staaten gewährleistet werden. Nach Zustimmung der Mitgliedsländer und des Europäischen Parlamentes ist diese Richtlinie seit dem September 2005 beschlossen und muss bis spätestens 20. Oktober 2007 in den einzelnen Staaten der Europäischen Union umgesetzt werden. Damit werden 15 bisherige Richtlinien ersetzt und die freie Berufswahl innerhalb der Union deutlich erleichtert.

Für uns Deutsche und gerade für die Handwerkerschaft in Baden-Württemberg ist in diesem Prozess die volle Anerkennung der hochwertigen dualen Berufsausbildung und des Meistertitels von zentraler Bedeutung und im Moment nicht gewährleistet. Alleine im vergangenen Jahr haben fast 22.000 junge Menschen im gesamten Bundesgebiet die Meisterprüfung bestanden und somit ihre herausgehobene Qualifikation in ihrem Handwerkszweig unter Beweis gestellt. Die Bundesregierung muss daher ihre Hausaufgaben machen dafür Sorge tragen, dass die Fähigkeiten und die Leistungsbereitschaft dieser Menschen auch im europäischen Rahmen richtig berücksichtigt und anerkannt werden. Leider haben sowohl die rot-grüne Regierung als auch die Große Koalition in dieser Frage auf ganzer Linie bisher versagt. Wieder einmal war es die liberale Opposition, die in dieser Frage die Bundesregierung auf eine für den deutschen Mittelstand drastische Entwicklung hingewiesen hat. Denn nach den bisherigen Vorgaben sollen die im internationalen Vergleich hochwertigen deutschen Berufsabschlüsse innerhalb des geplanten Qualifikationsschemas lediglich in die zweitniedrigste Stufe eingeordnet werden. Die Konsequenz dieser Entwicklung wäre, dass ein deutscher Handwerksmeister einem angelernten Arbeiter mit wenigen Jahren Berufserfahrung gleichgestellt werden würde. Leider scheint die Bundesregierung den Protest auch der Handwerkskammer bisher nicht wirklich wahrgenommen zu haben. Dieses Vorgehen ist unmöglich und inakzeptabel.

Konkret besteht die Gefahr, dass die Konkurrenzfähigkeit deutscher Handwerker deutlich verschlechtert wird. Denn wenn ein Handwerksmeister nur in der vorletzten Stufe des Qualifikationsschemas eingeordnet wird, können von ihm beim Marktauftritt in anderen Mitgliedsstaaten der Union Qualifikationen und Lehrgänge eingefordert werden, die er aufgrund seiner Ausbildung bereits längst erfüllt hat. Gleichzeitig werden ihm auf dem deutschen Markt Fachkräfte aus dem Ausland gleichgestellt, die über eine deutlich geringere Berufsausbildung und weniger Erfahrung verfügen als er selbst. Von der gewünschten Chancengleichheit innerhalb der Europäischen Union kann also keine Rede mehr sein. Die ökonomischen Konsequenzen aus dieser Unterbewertung des Meistertitels für die Handwerksbetriebe in Deutschland wären drastisch.

Auch wenn die Bundeskanzlerin erklären ließ, dass sie das Thema zur Chefsache gemacht habe, ist bis heute keine Entscheidung zu einer günstigeren Einstufung getroffen worden. Nach einer Verlautbarung aus dem Bundeswirtschaftsministerium aus dem Juli 2007 soll es zwar angeblich eine qualifizierte Mehrheit für den Wunsch der Bundesrepublik nach einer Besserstellung geben, die konkrete Umsetzung lässt allerdings immer noch auf sich warten. Obwohl es nahezu zwei Jahre gedauert hat, bis sich die Große Koalition überhaupt des Problems bewusst wurde, glaubt die Bundesregierung nun, die deutschen Forderungen innerhalb weniger Wochen in Brüssel durchsetzen zu können. Mit Blick auf bevorstehende Frist zur Umsetzung der Richtlinie und aufgrund der großen Bedeutung dieses Themas intensiviert die FDP-Fraktion im Bundestag deshalb nun auch den Druck auf die Regierungskoalition. Konkret haben wir auf meine Initiative hin jetzt eine Anfrage zum weiteren Vorgehen der Bundesregierung eingereicht. Wir wollen nicht, dass der 20. Oktober tatenlos verstreicht. Vor allem aber muss geklärt werden, warum die Bundesregierung die Bereitschaft aus anderen Mitgliedsstaaten wie Österreich und Luxemburg, das deutsche Anliegen zu unterstützen, bisher überhaupt nicht genutzt hat, um endlich die entsprechenden Beschlüsse auf europäischer Ebene herbeizuführen. Statt leerer Versprechungen muss die Große Koalition nun endlich Ergebnisse vorweisen, damit die deutsche Wirtschaft nicht länger unter dem Desinteresse von SPD und Union zu leiden hat. Wir Liberale jedenfalls werden dieses europäische Thema auch in Zukunft immer wieder und aufs neue zum Thema der Bundespolitik machen.

Die FDP-Fraktion erwartet ein schnelles Handeln der Bundesregierung, damit die an sich begrüßenswerte Richtlinie zur Anerkennung von Berufsqualifikationen keinen Standortnachteil für Deutschland bedeutet. Das deutsche Handwerk ist eine wichtige Stütze unserer Wirtschaft. Die hochwertige Ausbildung genießt international einen sehr guten Ruf und ist ein bedeutender Vorteil in der Konkurrenz mit ausländischen und europäischen Wettbewerbern. Deshalb sind unsere Forderungen für die Umsetzung der EU-Richtlinie keine protektionistischen Schutzregelungen für den deutschen Meistertitel, sondern die Voraussetzung für eine chancengerechte und adäquate Einstufung der Abschlüsse.

Damit bleibt die FDP die einzige Partei, die auch bei europäischen Entscheidungen konsequent die Interessen des Mittelstandes im Auge behält. Nach zwei Jahren Großer Koalition zeigt sich wieder einmal, wie berechtigt die Halbzeitkampagne der FDP-Fraktion unter dem Motto „Die Mitte stärken“ wirklich ist.